

EIN NEUES WAHLGESETZ, DAS DEN KLEINEN PARTEIEN DEN WEG ZUR DEMOKRATIE VERSPERRT, IST UNFAIR.

Der Wählerwille ist oberstes Gebot! Im Zentrum soll der Wille von uns Wählerinnen und Wählern stehen. Das Parlament soll den Willen der Bevölkerung des ganzen Kantons abbilden. Ein gesetzlich verordnetes Verbot von Listenverbindungen beeinträchtigt eine möglichst breite Vertretung unserer Interessen, gerade in kleinen Gemeinden.

Nein zu wirkungslosen Wählerstimmen!

Demokratie dank Vielfalt Unterschiedliche Parteien – unabhängig von der Couleur – bringen frischen Wind in die Politik. Das Listenverbindungsverbot behindert den politischen Wettbewerb. Das ist undemokratisch.

Nein zu einem undemokratischen Gesetz!

Bewährtes Zuger Wahlrecht schützen. Das über 100-jährige bewährte Zuger Wahlrecht darf nicht Schritt für Schritt undemokratischer werden.

Gestern vom Zuger Proporz zum Nationalratsproporz, heute zum Nationalratsproporz mit Listenverbindungsverbot und morgen zum Majorz? Darum –

Nein zum Majorz in Salami-Taktik!

Leistungen gehören honoriert. Das Wahlgesetz wurde erst 2006 total neu geschaffen. Es ist noch nie zur Anwendung gekommen. Weil einige Politikerinnen und Politiker glauben, dass ihre Wahlchancen mit den heutigen Regeln geringer seien, wollen sie das neue Gesetz nochmals ändern. Sie sollen sich aber durch ihre Leistungen behaupten – und nicht durch unfaire Wahlhürden im Gesetz.

Nein zu unfairen Gesetzeshürden und Politprotektionismus!

Die Verfassung hat Vorrang. Unser Kanton hat sehr unterschiedlich grosse Wahlkreise. Das führt dazu, dass die Stimmen der Wählenden nicht überall gleich viel Gewicht haben. Mit dem neu geplanten Listenverbindungsverbot verschärft sich die Situation, gerade in den kleinen Gemeinden.

Nein zum verfassungswidrigen Listenverbindungsverbot!

■ **NEIN** zum neuen Wahlgesetz –
weil Demokratie fair bleiben muss!

«Wenn Sie sich für unsere Gesellschaft
vermehrt engagieren möchten,
können Sie das bei uns machen ...»



Urs Bertschi,
Präsident der SP der Stadt Zug,
trifft sich gerne mit Ihnen
zu einem Gespräch.
E-mail: u.bertschi@bluewin.ch

«... Wahlen 2010 – packen Sie Ihre Chance,
um wirklich mitreden zu können.»

SP

ES LOHNT SICH GENAU HINZUSCHAUEN, WOFÜR SIE IHRE STIMMKRAFT EINSETZEN.

Am 7. März 2010 werden in Stadt und Kanton wichtige Weichen gestellt.

Geben Sie der Jugend, den Kindern und Familien, einer vernünftigen Steuerpolitik und einem fairen Wahlgesetz Ihre Stimme!

Jugendkultur fördern und Eigeninitiative belohnen

■ **JA** zur Galvanik

Statt Steuerdumping nicht noch höhere Mieten

■ **NEIN** zum Steuerbeschluss

Machen Sie Zug ein Stück familienfreundlicher

■ **JA** zur Ferienbetreuung

Stärken Sie die Demokratie

■ **NEIN** zum neuen Wahlgesetz

SP

JUGENDKULTUR UND EIGENINITIATIVE VERDIENEN UNTERSTÜTZUNG



Ohne die Eigeninitiative von jungen Frauen und Männern gäbe es in Zug kein Kulturzentrum Galvanik. Durch ihr grosses Engagement ist die Galvanik als Konzerthaus über die engere Region hinaus bekannt geworden.

Die Galvanik schafft ein Stück Heimat für junge Zuger Erwachsene, die hier eine echte Alternative zu kulturellen Angeboten in Luzern und Zürich finden.

Die Erweiterung der Galvanik bringt heiss begehrte Ateliers und dringend benötigte Proberäume für Zuger Bands. Das Kulturzentrum Galvanik wird übrigens von einem ganz normalen Trägerverein betrieben – wie etwa auch die Kulturhäuser Theater Casino, Chollerhalle oder Theater im Burgbachkeller.

Fördern Sie die einheimische Musikszene und würdigen Sie den kulturellen Gestaltungswillen von jungen Zuger/innen mit einem

JA zur Erweiterung und zum Umbau des Kulturzentrums Galvanik.

SP

NEIN ZUM STEUERDUMPING HEISST: NEIN ZU NOCH HÖHEREN MIETEN

Kein anderer Schweizer Kantonshauptort kennt so tiefe Steuern wie die Stadt Zug. Es ist unsinnig, die Steuerfuss-Obergrenze weiter zu senken. Dadurch steigen die Immobilienpreise nachweislich noch stärker an.

Doch immer weniger Zuger/innen können sich die wahnwitzigen Mieten und die hohen Lebenskosten leisten. Familien mit Kindern, Junge und Pflegebedürftige werden zur Abwanderung gezwungen.

Mit dem bisherigen Steuerregime lässt sich hingegen eine stabile, verlässliche und bewährte Politik fortsetzen, ohne damit falsche Signale auszusenden. Steuernachlässe (Rabatte) verhindern schon heute, dass Steuern auf Vorrat erhoben werden.

Stimmen Sie daher

NEIN zum schädlichen Steuerbeschluss.

SP

DAMIT DIE STADT ZUG NOCH EIN STÜCK FAMILIENFREUNDLICHER WIRD

Die Stadt Zug hat in den letzten Jahren in vorbildlicher Weise schul- und familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten ausgebaut und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserer Gemeinde enorm gesteigert.



Dies kommt der Wirtschaft zugute und macht das Leben für erwerbstätige Eltern viel einfacher.

Der «Ferien-Zug» schliesst nun die letzte Lücke im Angebot. Es ist ein kostengünstiges Betreuungsangebot für Kindergarten- und

Schulkinder während eines Teils der Schulferien.

Der Pilotbetrieb hat gezeigt, dass die Nachfrage nach einer Ferienbetreuung besteht – der «Ferien-Zug» war zu 95 Prozent ausgelastet.

Helfen Sie mit, dass Zug noch ein Stück familienfreundlicher wird und stimmen Sie

JA zur endgültigen Einführung von «Ferien-Zug».

SP